Netzwerk.Rheinland-Pfalz-Solar.de

Gaskraftwerke zementieren fossile Energieversorgung

Verbände kritisieren Pläne der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden und fordern Neuausrichtung

Mainz, den 02.05.2026

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) planen neben dem sogenannten Zukunftskraftwerk ein weiteres Gaskraftwerk auf der Ingelheimer Aue zu bauen. Zu diesen Plänen regt sich Protest verschiedener Verbände und Institutionen.
“Strom aus Gas ist teuer und extrem klimaschädlich”, so Prof. Friedhelm Schönfeld von den Scientists for Future Mainz. “Aufgrund extremer Trockenheit als eine Folge des Klimawandels gab es im Westerwald bereits die ersten größeren Waldbrände - und dies im April”. Daher sei es unverantwortlich, bei diesen seit geraumer Zeit bekannten Fakten weiterhin auf eine fossile Energieversorgung zu setzen. „Alternativen sind hinlänglich bekannt, erprobt und wesentlich kostengünstiger,“ betont Schönfeld.

Fragen, Bedenken und Wünsche können über die zuständige Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) mit der KMW besprochen werden. Darüber hinaus konnten bis zum 9. April Einwendungen bei der SGD Süd eingereicht werden. Die SGD Süd ist als staatliche Stelle u.a. für die Genehmigung des Gasmotorenkraftwerks zuständig. Insgesamt gingen zehn Einwendungen gegen das aktuell geplante, zweite Gaskraftwerk ein. Einwendungen gab es von großen Umwelt- und Naturschutzverbänden, Wirtschaftsverbänden und der Klimabewegung, so von den Scientists for Future und der Bürgerinitiative MainzZero.

Erörterung der Einwendungen kurzfristig abgesagt
Am 27. April wurde die für den 7. Mai anberaumte Erörterung der Einwendungen abgesagt. Die Einwendungen seien „hinreichend begründet und konkret“, so die SGD Süd auf ihrer Webseite. „Wir sehen Diskussionsbedarf. Wir möchten erfahren, wieso die KMW massiv in neue Gaskraftwerke investiert, obwohl Mainz bis 2035 – wie vom Stadtrat beschlossen - klimaneutral werden will und das Landesklimaschutzgesetz Treibhausgasneutralität bis 2040 vorgibt,“ so Michael Lengersdorff, Sprecher von MainzZero und fragt weiter: „Wie will die KMW dies mit neuen Gaskraftwerken erreichen?“

Denn im Gegensatz zu den aktuellen Plänen ist sich die KMW ihrer Bedeutung für die Energiewende bewusst. Auf der Startseite schreibt sie: „Modern, sozial, umweltbewusst“. „Die Realität steht dazu aber im krassen Widerspruch“ so Guido Dahm von Netzwerk Rheinland-Pfalz-Solar. Denn: Der von der KMW produzierte Strom stammt zu einem sehr großen Teil aus der Verfeuerung von Gas. Dies macht einen nicht unwesentlichen Teil der

rheinland-pfälzischen Stromerzeugung aus. “Ohne die KMW kann unser Land nicht klimaneutral werden – mit der aktuellen Planung aber auch nicht. Vor dem Hintergrund der sich weiter beschleunigenden Erderwärmung müsse die KMW massiv in erneuerbare Energien investieren, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen“, so der Appell der Verbände. Neue Studien zeigen, dass nicht nur bei der Verbrennung, sondern bereits bei Förderung und Transport von Erdgas nennenswerte Mengen des extrem klimaschädlichen Erdgases entweichen. Der Klimaschaden durch die Verstromung von Erdgas ist also deutlich höher, als allgemein bekannt ist.

Umstellung auf Wasserstoff keine Lösung

Als Brennstoff dient Erdgas. Langfristig plant die KMW die Umstellung auf Wasserstoff. „Ob die Umstellung auf Wasserstoff jemals realistisch, ökologisch und ökonomisch sinnvoll sein wird, ist jedoch mehr als fraglich. Grüner Wasserstoff ist Mangelware.“, so Prof. Thomas Hieke von den Christians for Future. Folgerichtig ist dies im Antrag der KMW auch kein Thema. „Der Einsatz von Wasserstoff ist [...] nicht Bestandteil der vorliegenden Antragstellung.“ Das Gaskraftwerk ist als Grundlastkraftwerk geplant, nicht zur Überbrückung sehr seltener, mehrtägiger sogenannter Dunkelflauten.

„Da der Bau jedoch laut der Homepage der KMW mit Investitionen von über 44 Millionen verbunden ist, würde erneut eine alte, konventionelle Gaskraftwerkstechnik für Jahrzehnte zementiert“, so Maren Goschke vom BUND Mainz.

Auch der Verzicht auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung hat bei den Einwendern für große Irritation gesorgt. Die letzte Umweltverträglichkeitsprüfung stammt aus dem Jahr 2005. Vor 20 Jahren wurden die Auswirkungen der Erderwärmung auch in der Wissenschaft noch unterschätzt, insbesondere die Beschleunigung der Temperaturzunahme. „Der KMW scheint es völlig egal zu sein, dass Mainz bis 2035 klimaneutral sein will. Schlimmer noch - mit dem Bau des gasbetriebenen ‚Zukunftskraftwerks‘ und dieses Kraftwerks boykottieren sie die geplante und dringend notwendige Klimaneutralität für Mainz,“ so die Befürchtung von Greenpeace Mainz-Wiesbaden.

Batterietechnik bewährte und kostengünstige Stromspeicher

Schon seit 30 Jahren wird Gas als Brückentechnologie dargestellt. Dabei übernehmen Batterien zunehmend die Rolle, die gasbetriebene Spitzenlastkraftwerke innehatten. Die Kosten für Batterieanlagen sind inzwischen so stark gesunken, dass sie für kürzere und kleinere Stromlücken bei den Erneuerbaren (das sind die allermeisten) auch in Deutschland eine wirtschaftliche Variante zu Gaskraftwerken ohne Treibhausgas-emissionen darstellen. Eine Batterie (ohne Elektronik und Gehäuse), deren Produktion

vor 15 Jahren noch ca. 1.300 € pro kWh kostete, kann aktuell für 90 € hergestellt werden. Also eine echte, kostengünstige und schnell verfügbare Alternative.

Während Batterien über Jahre genutzt werden können, muss Gas täglich neu geliefert werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden internationalen Spannungen und dem voranschreitenden Klimawandel ist der Wunsch der Einwender nach einer Diskussion mit der SGD Süd und der KMW eine wichtige Form der Bürgerbeteiligung. Denn die Widersprüche der KMW bei der Darstellung bzw. die Gründe für Gaskraftwerke müssen aufgehoben bzw. beseitigt werden, um die Akzeptanz bei den Mainzerinnen und Mainzern auf eine solide Basis zu stellen. Es ist nicht ersichtlich, warum sich die KMW gegen treibhausgasneutrale Alternativen und für die klimaschädliche Varianten wider besseres Wissen entscheidet. Wir alle tragen Verantwortung für die Lebensgrundlagen dieser und zukünftiger Generationen, dies gilt insbesondere für Städte und städtische Gesellschaften. Diese Verantwortung muss im Fokus allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns stehen, so der abschließende Appell der einwendenden Institutionen.

Pressekontakte:

Prof. Dr. Doris Vollmer, Scientists for Future Mainz
Tel.: +49 173 6727078
Mail: vollmer.doris@posteo.de

Prof. Dr. Friedhelm Schönfeld, Scientists for Future Mainz